

Ein „Weiter so“ darf es nicht geben

„Wir wollen gute Arbeitsbedingungen in einer ausfinanzierten und demokratischen Hochschule!“

„Auch Paktmittel-Dauerstellen sind möglich!“

Ein besonders heißes Thema aktuell ist die Umsetzung der drei Bund-Länder-Programme, vor allem aber des sogenannten „Zukunftsvertrags Studium und Lehre stärken“, der die Weiterfinanzierung der in den vergangenen Jahren mit Hilfe der sogenannten Hochschulpaktmittel zusätzlich geschaffenen Studienplätze sichern soll. Im Vertrag haben Bund und Länder eine Verpflichtungserklärung der einzelnen Bundesländer vereinbart, die bis Anfang 2020 stehen soll. Die Länder sind also aktuell in der Pflicht, die Kriterien für die Vergabe der Mittel genauer auszugestalten und haben somit auch die Möglichkeit, eine Quote für unbefristete Beschäftigungsverhältnisse in den Kriterienkatalog aufzunehmen.

Das ist eine wichtige Neuerung, denn bisher führte die zeitliche Begrenzung der Finanzierung auch zu befristeten Arbeitsverträgen. Nun soll es endlich möglich werden, mit diesen Mitteln auch unbefristete Verträge zu ermöglichen, weil die Gelder grundsätzlich unbefristet zugesagt werden. Das ist ein wichtiger Erfolg, für den die GEW sich auf Landes- und Bundesebene stark gemacht hat.

Konterkariert wird dieser Anspruch des Zukunftsvertrags allerdings dadurch, dass die Mittel primär nach Kriterien wie Studierendenzahlen in der Regelstudienzeit (plus zwei Semester) und Absolvent_innenzahlen vergeben werden sollen. Die Länder

haben aber zusätzliche Ausgestaltungsmöglichkeiten und die GEW erwartet von Behörde und Bürgerschaft, dass diese im Interesse der Beschäftigten genutzt werden.

Im Vorfeld der Bürgerschaftswahl luden die GEW, die Konferenz des akademischen Personals an der Uni Hamburg (KAP) und ver.di zu einer Podiumsdiskussion mit wissenschaftspolitischen Sprecher_innen der Parteien am 12. November ins Curiohaus ein. Neben Sven Tode (SPD), René Gögge (Grüne), Martin Dolzer (Linke) und Daniel Oetzel (FDP) waren gut 50 Kolleg_innen erschienen. Carsten Ovens von der CDU war verhindert. Das Publikum bestand überwiegend aus jüngeren, prekär beschäftigten Wissenschaftler_innen.

Die Anwesenden auf der Veranstaltung erwarteten von den Regierungsparteien eine klare Ansage, dass Hamburg bessere Beschäftigungsbedingungen – unbefristete Stellen, Verbesserung der Betreuungsrelation – als Kriterien festlegt. Es kam jedoch zu keinen konkreten Ankündigungen jenseits der Beteuerung, dass man sich dafür einsetzen wolle. Zum Stand der Verhandlungen durch die Grüne Staatsrätin bekannte der Grünen Vertreter, dass er als Abgeordneter nicht in diesem Umfang mit den Akten vertraut sei. Der

LINKE-Vertreter forderte eine Lösung vom Ideologem der sogenannten Schwarzen Null, was der FDP-Vertreter seinerseits rundheraus ablehnte.

Ein weiteres Thema waren die höchst prekären Beschäftigungsverhältnisse insbesondere des akademischen Mittelbaus. Trotz einiger Verbesserungen im Rahmen des Code of Conduct, die fast alle bereits in der vorangegangenen Legislatur erreicht worden waren, dominieren noch immer prekäre Stellen, wenn überhaupt auf Stellen und nicht auf Stipendien, Lehraufträgen oder „selbstfinanziert“ gelehrt und geforscht wird und das im Gegensatz zum Leitbild „Stadt der Guten Arbeit“.

Sven Tode (SPD) wies zu Recht auf die Errungenschaften hin, die der Code und damit verbundene gesetzliche Änderungen erbracht haben, wie einen festen Zeitanteil für die eigene Qualifizierung auf Promotionsstellen und eine Mindestbeschäftigungsdauer von drei Jahren, damit die Qualifizierung auf diesen Stellen auch wirklich möglich ist. In Bezug auf den Zeitanteil für die eigene Qualifizierung wurde jedoch von den Anwesenden moniert, dass eine solche Regelung zwar gut, für die Betroffenen aber sehr schwer einzufordern sei.

Auch Mehrarbeit ist ein Problem, denn üblicherweise werde auch bei halben Stellen weit mehr gearbeitet, also unbezahlte Mehrarbeit geleistet, weil es „erwartet“ werde und in den stark personalisierten Betreu-

ungsverhältnissen zwischen Prof und Promovend_in anderes nur schwer durchsetzbar sei.

Todes Hinweis, man könne ja auch über Klagen Verbesserungen erreichen, wurde gekontert mit konkreten persönlichen Erfahrungsberichten über die hohe Abhängigkeit des sich qualifizierenden Nachwuchses von dem oder der jeweils vorgesetzten Professor_in. Befristung und Beurteilung der Qualifikationsarbeit kann unter den gegebenen Verhältnissen somit auch als Disziplinierungsinstrument genutzt werden, um den Beschäftigten das Einfordern ihrer garantierten Rechte sehr schwer zu machen.

Von den Vertretern der Regierungsparteien wurde als weitere Errungenschaft des Code of Conduct die Erhöhung der Sätze der Lehrbeauftragten angeführt. Hier wurde jedoch schnell von den Anwesenden klargestellt, dass lediglich der Korridor leicht erhöht wurde und es von den jeweiligen Einheiten abhinge, ob wirklich mehr bezahlt werde.

Wildwuchs statt gleichem Lohn bzw. Honorar – das stellt keine Verbesserung dar.

Tode vertrat die Ansicht, dass auch der rechtliche Rahmen gestärkt werden müsse – eine Ansicht, der René Gögge (Grüne) entgegentrat, der jede Art von Weisungsbefugnis der Behörde gegenüber den Hochschulen ablehnte und lieber über Ziel-Indikatoren Anreize schaffen möchte. Immerhin kündigte Tode an, dass er in solchen Verhandlungen bemüht sein wird, auch Beschäftigungsbedingungen in die Vereinbarungen hinein zu verhandeln, während die Grünen stärker auf die Autonomie der Hochschulen in diesen Fragen setzten.

„Unterfinanzierung beheben für bessere Beschäftigungsbedingungen!“

Die miesen Beschäftigungsbedingungen sind auch eine Folge der dramatischen Unterfinanzierung der Hochschulen. Angeichts faktischer Kürzungen des

Etats über die letzten Jahre – der jährliche Aufwuchs von 0,88 Prozent lag deutlich unterhalb der allgemeinen Kosten- und Tarifsteigerungen – sei ein deutlicher Aufwuchs dringend nötig, so die einhellige Meinung im Publikum.

Wenig überraschend haben die Vertreter der Regierung zwar den Wunsch nach mehr Grundmitteln geteilt, jedoch darauf verwiesen, dass sie sich hiermit in ihren Parteien nicht durchsetzen können. Martin Dolzer (Die LINKE) forderte eine Erhöhung der Grundmittel, kritisierte die Schuldenbremse als Bildungsbremse und forderte mehr Staatseinnahmen, z.B. durch die (Wieder-)Einführung der Vermögenssteuer, was auch den Hochschulen zu Gute käme. Auch Daniel Oetzel (FDP) anerkannte einen Mehrbedarf, den er auf Grund der gestiegenen Einnahmen der Stadt Hamburg für möglich erachtet, denn „Hamburg ist reich“. Die 0,88 prozentige Steigerung sah auch er als viel zu gering an. Zudem



Mal Verfechter von Positionen ihrer Partei, mal Kritiker der Position anderer: Parteienvertreter auf dem Podium

kritisierte er, dass sich die Regierungsparteien „viel zu sehr auf Bundesmittel“ verliehen und die faktische Schrumpfung zu Lasten der Beschäftigten gehe.

Im Kontext des Fachkräftemangels wurde auch über die Reform des Lehramtsstudiums gesprochen und moniert, dass hierfür deutlich mehr Geld zur Verfügung gestellt werden müsse, um ausreichend Kapazitäten in der Lehre bereitzustellen. Die Regierungsparteien verwiesen auf bereits in den Haushalt eingestellte Mittel. Oetzel machte deutlich, dass auch eine Erhöhung der Gehälter – A13 für alle Grund- und Mittelstufenlehrkräfte – hinzugehöre, worauf sich einige der Bürgerchaftsparteien im Rahmen des sog. „Schulfriedens“ bereits verständigt hätten. Dies, so Tode, der auch im Haushaltsausschuss sitzt, sei jedoch der nächsten Legislaturperiode vorbehalten. Obwohl die zusätzlichen Lehrkapazitäten für die reformierten Lehramtsstudiengänge und den erhöhten Bedarf an entsprechenden Studienplätzen schon ab dem Wintersemester 2020/21 benötigt werden und für deren Aufbau rasche Entscheidungen nötig seien, sind entsprechende Aufwüchse vertagt auf die Koalitionsvereinbarungen und den Doppelhaushalt, den eine künftige Landesregierung erst deutlich nach den Wahlen aufstellen wird.

„Autonomie heißt nicht Autokratie der Leitung!“

Ein weiteres, mehrfach angesprochenes Thema war die strategische Steuerung der Hochschulen sowie deren immer weniger demokratische Verfasstheit. Die unter dem CDU/FDP/Schill-Senat vorgenommene „Reform“ von 2003 führte zu einer massiven Entdemokratisierung und zu einem Kompetenzabbau der Gremien, wie Martin Dolzer von der LINKEN eindringlich beschrieb. SPD-Mann Tode verwies auf die Novelle

der 2013 von der SPD geführten Wissenschaftsbehörde, die leicht nachsteuerte in Bereichen, in denen es zu Chaos kam und auf die damals geschaffene Möglichkeit der Senate, Präsident_innen wählen zu können.

Dennoch konnte keiner der am Podium Teilnehmenden eine zunehmende Entdemokratisierung und Entpolitisierung der Hochschulen leugnen. Und trotzdem wusste René Gögge davon zu berichten, dass die Präsidien aktuell „unter den zu starken Senaten litten“.

Hier zeigt sich erneut, dass die Autonomie der Hochschulen aus Sicht der Grünen eine Autokratie der Leitungen bedeutet – ein ideologisches Konzept, dass die Hochschule als Gesamtheit ihrer Mitglieder völlig aus dem Blick verliert.

Kritisiert wurde von den Anwesenden insbesondere, dass viele Gruppen der Hochschule, wie Promotions-Stipendiat_innen, Promovierende ohne Stelle oder auch Lehrbeauftragte, bei der Mitbestimmung keine adäquate Vertretung hätten.

Interessant war die Frage nach einer tariflichen Regelung für die studentischen Hilfskräfte (SHK), also entweder nach der Einführung eines studentischen Tarifvertrages oder die Übernahme dieser Beschäftigungsverhältnisse in den Tarifvertrag der Länder, TV-L. Der Grünen-Vertreter wehrte dies ab mit dem Hinweis darauf, dass solches doch die Kanzler_innen mit den Personalvertretungen aushandeln könnten. Gewerkschaftliches Denken sieht anders aus.

„Forschung und Lehre in gesellschaftlicher Verantwortung!“

Von mehreren Anwesenden wurde ein konkreter Anspruch formuliert, wie die Hochschule in einer demokratischen Gesellschaft ausgestaltet werden müsse: als demokratische Institution in gesellschaftlicher Verantwor-

tung, wie es auch in den 1970er Jahren im Kontext der Studierendenproteste eingefordert und in Teilen auch umgesetzt wurde. Neben der Anforderung an eine demokratische Verfasstheit der Hochschule geht es dabei auch um die gesellschaftliche Relevanz von Forschung und Lehre. *Cui bono?* – Für wen ist die Hochschule da? Wofür wird geforscht? Welche Forschungsschwerpunkte werden gesetzt? Was wird gelehrt? Welche Inhalte werden vermittelt?

Martin Dolzer von der LINKEN verwies in diesem Zusammenhang auf die Bedeutung von Friedensforschung und Zivilklauseln, René Gögge (Grüne) darauf, dass doch z.B. beim Thema Klima Forschungsschwerpunkte gesetzt worden seien. Daniel Oetzel (FDP) kritisierte eine Entpolitisierung der Hochschulen, was sich z.B. aktuell darin zeige, dass seinem Bundesvorsitzenden ein Auftritt an der Uni Hamburg untersagt worden sei.

Fazit

Die Anwesenden, das wurde auch den Parteienvertretern deutlich, wünschen sich gute Beschäftigungsbedingungen in einer ausfinanzierten, demokratischen Hochschule in gesellschaftlicher Verantwortung. Eine starke Interessenvertretung und ein gesellschaftlicher Anspruch gehören dazu. Wer den Parteienvertretern zugehört hat, wird wissen, wo er bei der Bürgerchaftswahl seine Kreuze macht.

FREDRIK DEHNERDT,
stellvertretender Vorsitzender
GEW Hamburg;
MARC HINZELIN,
Sprecher der Fachgruppe
Hochschule und Forschung

Weitere Beiträge zum Thema Hochschule und Wissenschaft befinden sich im Internet unter: <https://www.gew-hamburg.de/themen/hochschule-und-forschung>